

„Kohle oder Zukunft“, 20.08.2016, Keyenberg – Sprechzettel Dirk Jansen

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir stehen hier in Keyenberg. Der Ort wurde im Jahre 893 erstmals urkundlich erwähnt. Damals befand sich hier ein befestigter Herrenhof im Besitz der Abtei Prüm, hinzu kamen die Kirche und zehn kleinere Höfe. Der Herrenhof lag nicht auf einem Berg sondern in der Niersniederung. 1381 wurde er Keyenberch genannt. Im Dorf existierten im Mittelalter zwei Rittersitze: Haus Keyenberg und Haus Pattern, die letztere Burg wurde 1642 zerstört. Was weder der Dreißigjährige Krieg noch die französische Herrschaft von 1794 bis 1814 geschafft haben, sollen die RWE-Bagger vollbringen. Keyenberg mit seinen ursprünglich knapp 900 Einwohner*innen soll bis 2023 vollständig devastiert werden.

Die rot-grüne Landesregierung hat den Weg dafür frei gemacht und diesen Beschluss erst unlängst mit dem Kabinettsbeschluss für die neue Leitentscheidung zur Braunkohlenpolitik bestätigt. Nach Keyenberg sollen noch vier weitere Ortschaften dem Erdboden gleich gemacht werden. Damit würde die Heimat von 1.600 Menschen verheizt, und das in Zeiten, in denen ein globaler Hitzerekord auf den anderen folgt.

1

Ich frage: Sieht so eine konsequente Klimaschutzpolitik aus? Nein!

SPD und Grüne haben mit der Leitentscheidung aber auch gleichzeitig die Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler beschlossen. Holzweiler mit seinen knapp 1.300 Einwohner*innen soll vom Tagebau verschont bleiben. Etwa 400 Millionen Tonnen Braunkohle blieben unangetastet in der Erde.

Das ist ein wichtiges und bundesweit bislang einzigartiges Signal: Erstmals soll ein genehmigtes Tagebaufeld verkleinert werden. Diese Entscheidung ist auch Ergebnis unseres langjährigen Widerstandes gegen die Braunkohle und nicht zuletzt auch ein Resultat der vom BUND vor dem Bundesverfassungsgericht erstrittenen Entscheidung, wonach unsere Zwangsenteignung im Tagebau Garzweiler verfassungswidrig war.

Widerstand zahlt sich also aus!

Doch ich frage: Reicht die Verkleinerung aus, um die Klimaschutzziele zu erreichen? Nein!

Die Landesregierung hat weder ein vorgezogenes Ende des Braunkohlenabbaus beschlossen, noch die notwendige Verkleinerung auch der übrigen Tagebaue Hambach und Inden.

Der BUND hat vom Öko-Institut überprüfen lassen, wie viel Kohle noch verstromt werden darf, ohne das Erreichen der politisch beschlossenen und per Gesetz definierten Klimaschutzziele zu torpedieren. Danach müssen drei Viertel der Braunkohle im Boden bleiben.

Bezogen auf den Tagebau Garzweiler heißt das: Der Abbau muss an der Autobahn A 61 gestoppt werden. Alles andere wäre ein klimaschutzpolitisches Desaster.

Aus energiepolitischer Sicht spielt die Braunkohle eine immer geringer werdende Rolle. Wegen des Erfolgs der Erneuerbaren Energien haben wir im Bereich der Stromerzeugung massive Überkapazitäten fossiler Kraftwerke. Insbesondere der Kohlestrom geht deshalb derzeit v.a. in den Export. Zur Sicherung der heimischen Versorgung brauchen wir die rheinische Braunkohle schlichtweg immer weniger. Auch erfüllen die größtenteils uralten Klimakiller-Kraftwerke nicht die Anforderungen an Flexibilität und hohen Laständerungsgeschwindigkeiten die wir in einem zukunftsfähigen Energiesystem benötigen.

2

Also: Ohne Frimmersdorf, Neurath, Niederaußem und Weisweiler gehen die Lichter nicht aus!

Aber auch aus ökologischer Sicht ist ein weiterer Braunkohlenabbau heute weniger denn je zu rechtfertigen. Es gibt hierzulande keinen größeren Eingriff in Natur, Landschaft und das Grundwasser als die Braunkohlentagebaue.

Anstatt zum Beispiel mit dem Hambacher Wald ein faktische FFH- und Vogelschutzgebiet für einen überflüssigen Energieträger zu opfern, ist es endlich an der Zeit, dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen den Vorrang vor den RWE-Konzerninteressen einzuräumen.

Doch die Landesregierung hat sich mit ihrer Leitentscheidung auch davor gedrückt, der Region eine klare Zukunftsperspektive zu geben.

Was ist, wenn RWE in nicht allzu ferner Zukunft beschließt, sich aus der Braunkohle vorzeitig zurückzuziehen?

Wer erklärt dann den Menschen z.B. hier in Keyenberg, warum ihre Heimat zerstört wurde?

Was ist, wenn RWE von einer Finanz-Heuschrecke übernommen und ausgeschlachtet wird?

Was ist mit den RWE-Beschäftigten, die von ihrem Konzern zu Geiseln einer verfehlten Unternehmensstrategie gemacht wurden?

Ich kann verstehen, dass die Beschäftigten die „Schnauze voll“ haben. Aber nicht die friedlich demonstrierenden Braunkohlekritiker*innen sollten die Adresse des Gewerkschafts-Protest sein, sondern die Politik in Düsseldorf und Berlin sowie die Konzernmanager.

Wir brauchen keine Durchhalteparolen zum Festhalten an der Braunkohle, wie brauchen eine Zukunftsgestaltung ohne Braunkohle!

Es ist also Zeit zu handeln! Denn

... ich habe die Schnauze voll von einer Politik, die das Weiter-so-wie-bisher zur Maxime erhebt!

... ich habe die Schnauze voll von einer Politik, die ganze Landstriche zugunsten eines Energieträgers aus dem vergangenen Jahrhundert verwüstet!

... ich habe die Schnauze voll von einer Politik, die zukunftsfähige Arbeitsplätze blockiert!

... und ich habe die Schnauze voll von einer Politik, die die Region spaltet anstatt die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Klimaschutz heißt Kohleausstieg!

Kontakt: Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf,
dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de/braunkohle.